

Reisebeschränkungen und Grenzkontrollen

Erinnerung an dunkle Zeiten

In der Prignitz wären sie am liebsten unter sich, in Frankfurt bewachen Soldaten die Grenze. Besuch in zwei Orten Brandenburgs, die ganz verschieden gegen Corona kämpfen.

Von **Christian Bangel**, Frankfurt (Oder) und **Christian Vooren**, Ostprignitz-Ruppin

11. April 2020, 20:44 Uhr / [280 Kommentare](#) / 



Eigentlich wären die Datschen in Brandenburg über die Ostertage gut gebucht. In diesem Jahr ist das anders. © Ralf Hirschberger/dpa, Odd Andersen/AFP/Getty Images

Es gibt eine Zeitrechnung vor Corona und eine danach. Vieles, was in der Zeit davor für Aufsehen gesorgt hätte, geht jetzt unter inmitten täglich neuer, unfassbarer Nachrichten. Vieles erscheint einfach nicht mehr so bedeutsam in einer Zeit, in der unserer Gesellschaft eine traumatische medizinische Überforderung droht und andere dieses Trauma bereits erleben.

Was in den ländlichen Räumen besonders des Ostens geschieht, war schon vor Corona im öffentlichen Bewusstsein eher unterpräsent. Nun aber isolieren die Ausgangssperren viele dieser Gegenden von der Außenwelt – und manche isolieren sich auch selbst. Landräte und Bürgermeister entscheiden jetzt über bürgerliche Freiheiten, und manche der Maßnahmen sind drastisch. Es gibt Nachrichten von verbalen und tätlichen Übergriffen auf Menschen, die in Autos mit fremden Kennzeichen sitzen. Das ist bedeutsam. Auch in den großstadtfernen Regionen entsteht gerade eine Realität nach Corona.

In Brandenburg, ein paar Dutzend Kilometer von Berlin entfernt, hat der Landkreis Ostprignitz-Ruppin gegen den Widerstand der Landesregierung vor einigen Tagen entschieden, Ortsfremden den Zugang nahezu komplett zu verbieten. Inzwischen ist die Maßnahme wieder aufgehoben – auch weil ein Gericht sie als rechtswidrig bezeichnete. In Frankfurt (Oder) hingegen versucht ein proeuropäischer Oberbürgermeister, eine Balance aus Abschottung und Zugänglichkeit zu erhalten. Und muss mitansehen, wie mitten in der Stadt eine Grenze wiederaufersteht, die längst überwunden schien.

Wir haben zwei Reporter in beide Regionen geschickt. Sie berichten von Orten, die kaum gegensätzlicher auf die Corona-Krise reagieren könnten.

Ostprignitz-Ruppin: einsame Entscheidung

Vor der Pension "Oma & Opa" kratzt ein älterer Herr Unkraut aus den Fugen des Kopfsteinpflasters. Frühjahrsputz, um die Stadt herzurichten für die Besucher, die nicht kommen. Im Schaufenster steht ein Schild, "ganzjährig geöffnet". Das müssten sie eigentlich wegräumen.

Im Moment hat in Neuruppin so gut wie nichts geöffnet. Die Ausflugsboote an der Seepromenade schaukeln träge im Wasser, die Tafel mit den Abfahrtszeiten ist so leer wie die Mülleimer, die Fahrradständer und die Tische vor der "Erlebniskneipe Biernbaum". Zu erleben gibt es in dieser Stadt gerade überhaupt nichts.

Im Rathaus sitzt unterdessen Ralf Reinhardt und erklärt einem nach dem anderen, wieso er tut, was er tut. Schaltkonferenzen, Anrufe, Interviews im Halb-Stunden-Takt.

Wegen der Corona-Krise hatte der Landrat seinen Landkreis Ostprignitz-Ruppin für Ortsfremde bis auf Weiteres gesperrt, per Allgemeinverfügung. Selbst Zweitwohnungsbesitzer seien nicht willkommen, hieß es. Faktisch waren für Ortsfremde die Grenzen damit dicht, wenn sie nicht aus beruflichen oder sonstigen triftigen Gründen herkommen mussten.

Für das Osterwochenende

[<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-04/oster-ausfluege-aktivitaeten-coronavirus-ostern-feiertage-ausgangsbeschraenkungen-faq>] hatten ganze Bundesländer, die zu dieser Zeit normalerweise mit großen Touristenströmen rechnen, Einreisesperren verhängt, Mecklenburg-Vorpommern zum Beispiel, und Schleswig-Holstein. Aber kaum eine Region in Deutschland, keine einzige in Brandenburg hatte derart strikte Regeln verhängt wie OPR, wie die Einheimischen den Kreis nennen. Reinhardt stand im Bundesland so einsam da wie seine Seepromenade.

Viele Funktionsträger im Land waren nicht sonderlich glücklich mit dem Alleingang des Landrats. Reinhardts SPD-Parteifreund, Ministerpräsident

Dietmar Woidke, hielt die Maßnahmen nicht nur für schwer durchsetzbar, sondern auch für rechtlich fragwürdig. Wolfgang Blasig, Präsident des Landkreistages, bezeichnete sie in einem Interview als "überzogen und nicht praktikabel". Und auch andere Bürgermeisterinnen und Landräte in Brandenburg stellten sich dagegen, dass ihr Bundesland im Kampf gegen das Virus [<https://www.zeit.de/wissen/gesundheit/2020-02/coronavirus-sars-cov-2-risiko-symptome-schutz-rechte-faq>] zu einem rechtlichen Flickenteppich würde. Sein Amtskollege aus dem benachbarten Kreis Märkisch-Oderland hielt Reinhardt gar vor, den sozialen Frieden im Land zu gefährden.

CHRISTIAN VOOREN

*Redakteur im Ressort
Politik, Wirtschaft,
Gesellschaft von ZEIT
ONLINE*

Doch bis zuletzt verteidigte der 44-Jährige seinen Sonderweg. Das Problem, sagte er, sei die kritische Versorgungslage in den Krankenhäusern. Gerade einmal drei Kliniken gebe es im Landkreis, die größte in Neuruppin habe 24 Intensivbetten, in denen Patientinnen und Patienten beatmet werden können. "Ein gebrochenes Bein, einen Herzinfarkt, eine Brandverletzung beim Grillen – das können wir sonst gut behandeln, aber wir brauchen jetzt die Kapazitäten für Corona-Patienten", sagte Reinhardt. Solche Notfälle sind typische Nebenwirkung der Urlaubssaison. Wenn Jugendliche am Seeufer zu wild toben, Seniorinnen in der Sommersonne spazieren oder Hobbycamper vor dem Caravan mit Spiritus hantieren.

Im Sommer wird es voll um die Seen der Region, bis zu eine Million Übernachtungen verbucht OPR in normalen Jahren, Wildcamper noch nicht mitgezählt – bei knapp 100.000 Einwohnern. Es sind vor allem Berlinerinnen und Berliner, die raus fahren aufs Land, wenn ihnen die Stadt mal wieder zu voll und zu laut vorkommt. Die Ostertage sind eigentlich der Auftakt für eine gute Saison, in diesem Jahr sind sie Reinhardts AngstszENARIO. "Es schmerzt mich, das sagen zu müssen, aber jeder, der jetzt nicht kommt, hilft", sagt der 44-Jährige.

Spielplätze sehen aus wie Tatorte

Der Rückhalt durch die Einwohner von OPR sei ihm sicher, hatte Reinhardt betont. Doch die Touristinnen und Touristen von außerhalb würden sich nur unzureichend an die Verordnung halten. Mehrere Bürgermeister hätten dem Landrat von Campern rund um die Seen und in den Wäldern von OPR berichtet. In verschiedenen Orten im Kreis seien entgegen aller Appelle und Regelungen die Ferienhäuser voll und an den Seen zum Beispiel in Lindow stunden reihenweise Camper, obwohl sie nicht dürfen.

Bei einer längeren Rundfahrt vor einigen Tagen ist davon allerdings nichts zu sehen. Die Datschen an den Ufern sehen verwaist aus [<https://www.zeit.de/2020/15/coronavirus-ostdeutschland-innerdeutsche->

grenzen-spargelernte-ernte Helfer], selbst die verstecktesten Ecken, die nur über holprige Waldwege zugänglich sind, sind verlassen. Keine fremden Autokennzeichen, weil hier überhaupt keine Autos parken. Die Campingplätze sind zum Teil mit Bauzäunen abgesperrt wie neuerdings auch Spielplätze und Sportanlagen, die nun aussehen wie Tatorte.

Vielleicht hielten sich die Leute am Ende doch an die Verordnung des Landrats. Vielleicht waren sie nach Berlin zurückgekehrt. Vielleicht haben sie sich auch vergraulen lassen. Medien berichteten, dass Menschen in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern Touristen mit "Thr bringt Corona"-Rufen empfangen hätten. Von Steinwürfen auf Autos mit Berliner Kennzeichen war die Rede, von Menschen, die sich Zettel mit der Aufschrift "Ich bin kein Tourist" in die Fensterscheiben hängten.

An der Seepromenade surrt eine Frau mit ihrem E-Bike durchs Bild wie einer dieser Bodenläufer in Westernfilmen. Möwen kreischen vor sich hin, aus der Kirche klingt gedämpft Orgelmusik. Jemand übt für die Zeit, wenn Gottesdienste wieder erlaubt sein werden. Ein Ehepaar, beide sind 80, äußert Verständnis für die Maßnahmen des Landrats, aber sie seien ein bisschen extrem. Wenn niemand kommt, stirbt die Wirtschaft, sagt der Mann. Reinhardt hätte entgegnet: Wenn zu viele kommen, sterben Menschen.

Ein hehres Motiv, könnte man sagen. Allerdings auch: etwas drastisch in der Konsequenz. Das bekam Reinhardt in dieser Woche auch vom Oberverwaltungsgericht mitgeteilt. Es teilte mit, die Anordnung des Kreises werde sich wohl als rechtswidrig erweisen. OPR habe nicht klar machen können, warum es so besonders und die medizinische Lage signifikant schlechter sei als in anderen Regionen des Landes. Reinhardt hat nun die Verordnung zurückgezogen, es gelten die Regelungen wie für ganz Brandenburg.

Die Seepromenade dürfte zu Ostern also zumindest ein bisschen belebter erscheinen, selbst wenn weder Schiffe fahren noch Cafés öffnen. Reinhardt mit seiner Entscheidung wird deshalb nicht weniger einsam sein.

Frankfurt (Oder): getrennte Zwillinge

Über die Oderbrücke zwischen Frankfurt (Oder) und Słubice zu gehen, das ist normalerweise ein wenig, wie das Brandenburger Tor zu durchschreiten [<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-03/oberbuergemeisterwahl-frankfurt-oder-rene-wilke-martin-wilke-arbeitslosigkeit-rassismus-generationskonflikt>]. Man kann Europa kaum mehr spüren, als wenn man ohne Pass über den meist friedlich dösenden Grenzfluss rübergeht, um drüben ein paar Piroggen zu essen. Und das oft, ohne dass man einem einzigen Polizisten

begegnet. Die beiden Städte teilen sich normalerweise einen gemeinsamen Slogan: "Bez granic – ohne Grenzen". Sie teilen sich aber auch eine Buslinie, ihre Wärmeversorgung, sogar die Polizisten patrouillieren gemeinsam.

Das Coronavirus aber hat binnen weniger Tage eine neue Realität in der Doppelstadt erzeugt, die an früher erinnert. Die seit Jahren ein Schauerbild all jener war, die dieses neue Frankfurt liebten.

Wenn man heute die Oder überqueren will, läuft man auf die Mündungen von Maschinenpistolen zu, in den Händen von Soldaten. Polizisten mit Mundschutz nähern sich, die einem sehr zackig klarmachen, dass man am besten auf dem Absatz kehrtmacht.



**CHRISTIAN
BANGEL**

Politischer Autor

Die kleine, laute Schwester von Frankfurt (Oder), Słubice, mit ihren Friseursalons, Restaurants, Zigarettenshops und Tankstellen, die viele Frankfurter eher wie einen Stadtteil ihrer Heimatstadt betrachteten, ist nun wieder unerreichbar. Polen hat die Grenzen geschlossen – bis mindestens zum 3. Mai [https://www.rbb24.de/politik/thema/2020/coronavirus/beitraege_neu/2020/04/polen-grenzen-laenger-geschlossen-ihk-auszahlung-pendler-entschae.html]. Den Menschen, die dort drüben reden und stehen und gehen – man kann ihnen bestenfalls zuwinken. Ganz ähnlich muss es zu DDR-Zeiten ausgesehen haben, als man ein Visum brauchte, um den polnischen Bruderstaat zu besuchen.

Oberbürgermeister René Wilke (35) kann aus seinem Büro im achten Stock des Oderturms auf beide Städte sehen. Den Linken-Politiker quält, was er sieht. Vor zwei Jahren, als Diskussionen um Flüchtlinge Deutschland [<https://www.zeit.de/wissen/gesundheit/coronavirus-echtzeit-karte-deutschland-landkreise-infektionen-ausbreitung>] dominierten, führte er seinen Wahlkampf im Zeichen der Internationalität der Doppelstadt. Frankfurt (Oder) und Słubice, rief Wilke bei seiner Amtsführung, seien "ein Leuchtturm der Hoffnung für die europäische Idee" [<https://www.moz.de/landkreise/oder-spreewald/frankfurt-oder/artikel9/dg/0/1/1655380/>]. Nun muss er mitansehen, wie die Zwillingsstädte getrennt werden.

Bisher ist es ihm gelungen, die Stadt einigermaßen vor dem Virus abschirmen, ohne ihr damit gänzlich die Luft zum Atmen zu nehmen. Frankfurt (Oder) kommt bislang trotz der verkehrsträchtigen Lage, trotz der mitten in der Stadt gelegenen Grenze, der Uni und diverser Landesbehörden, Stand Donnerstag, auf nur 38 Infektionen pro 100.000 Einwohner – und rangiert damit weit unter dem Landesschnitt von 64. Die Stadt hat frühzeitig auf den Corona-Ausbruch reagiert. Tage, bevor die Landesregierung das verfügte, hat Frankfurt begonnen, das öffentliche Leben lahmzulegen. Wilke ließ bereits

Universitätseinrichtungen schließen und untersagte Veranstaltungen, als sich Menschen noch darüber beschwerten, dass man ein Konzert mit erwarteten 900 Teilnehmern wegen Corona absagen müsse.

Früh reagiert, viel getestet, Glück gehabt

Wilke hält sich auch zugute, seine digitalen Kanäle frühzeitig für den Kampf gegen das Virus genutzt zu haben. Seine regelmäßigen Ansprachen via Facebook-Livevideo verfolgten Tausende. Frankfurt lege zudem sehr viel Wert auf Tests, um Infizierte gezielt isolieren zu können. Frühzeitig habe man eine Zentralstelle eingerichtet, in der über die Notwendigkeit von Tests entschieden wurde. "Zu 95 Prozent war die Antwort: Ja." Und es sei auch Glück dabei gewesen, dass einige Corona-Infizierte mit vielen Kontakten kaum jemanden angesteckt hätten.

Ob er je erwogen hat, seine Stadt ganz abzuschotten, wie es etwa Ralf Reinhardt getan hat, der Landrat von Ostprignitz-Ruppin? Natürlich sei es wichtig, sagt Wilke, dass der Pendelverkehr jetzt weitgehend unterbrochen sei. Tausende Studenten strömen normalerweise täglich in die Universitätseinrichtungen auf beiden Seiten der Oder. In noch größerer Zahl fahren Berufspendler normalerweise täglich in die Stadt und aus ihr heraus. Und dennoch, nein, ein Schließen der Stadtgrenzen sei für ihn nie infrage gekommen. "Keine Sekunde."

Er will nicht schlecht über Ralf Reinhardt reden, den Landrat von Ostprignitz-Ruppin, der genau das getan hat. Aber einen Unterton kann er sich doch nicht verkneifen, wenn er auf dessen Strategie angesprochen wird. Die Frage sei, ob es sinnvoll sei, Infektionen durch Zugangssperren komplett unterbinden zu wollen. "Es sei denn, man hat die Vorstellung, sich so lange abzuschotten, bis ein Impfstoff gefunden ist." Dann dürfe man aber auch die wirtschaftlichen Folgen nicht vergessen.

Frankfurt kann sich eine dauerhafte und komplette Abschottung nicht leisten. Auch wegen der vielen polnischen Berufspendler. Etwa 17.000 Polen und Polinnen arbeiten allein in Berlin und Brandenburg, viele von ihnen in der Pflege oder in medizinischen Einrichtungen. Sie fehlen heute auch in Frankfurt und ginge es nach Wilke, dürften sie weiter pendeln. Angesichts der bisher geringen Corona-Zahlen in Frankfurt aus seiner Sicht ein geringeres Risiko, als jeden Tag Studenten aus Berlin nach Frankfurt kommen zu lassen.

Wie in den Neunzigern?

Die Regierung in Warschau aber schloss nicht nur die Grenzen, sondern verhängte zudem eine zweiwöchige Quarantäne über alle, die das Land betreten

[https://www.rbb24.de/politik/thema/2020/coronavirus/beitraege_neu/2020/0

4/polen-grenzen-laenger-geschlossen-ihk-auszahlung-pendler-entschae.html] – Ausnahmen gelten nur für Fahrer im Personen- und Güterverkehr. Kurz vor Ostern bedeutet das für viele Berufspendler aus dem streng katholischen Polen, dass sie – wollen sie ihre Familien an den Feiertagen sehen – ihren deutschen Arbeitsplatz verlassen müssen. Die Landesregierung in Potsdam bemüht sich wie andere ostdeutsche Bundesländer nach Kräften, die Polen im Land zu halten. So gibt es für jeden Pendler, der bleibt, einen täglichen Zuschuss von 65 Euro. Die Kanzlerin und der Außenminister versuchen, auf die polnische Regierung einzuwirken. Doch wie man hört, ist der Erfolg überschaubar.

Schon vor Corona war immer wieder zu hören, dass die enge Kooperation an der Grenze in Warschau eher Misstrauen auslöste. Nun, da die Grenzen geschlossen sind, ist völlig unklar, wann Polen seine Grenzen wieder öffnen wird. Das ist die traurige Realität.

Draußen, vor Wilkes Büro, sieht Frankfurt selbst im Sonnenschein auf einmal wieder ein wenig wie die Stadt der Neunziger aus, als es noch keine Uni gab und keine offene Grenze. Allerdings sind mehr Menschen nichtweißer Hautfarbe auf den Straßen, und die Bomberjackennazis der Baseballschlägerjahre sind verschwunden. Auch Wilke, der als junger Linker durch die Straßen von Frankfurt zog, kennt ihren Anblick noch. Ob die Grenze am Ende dieses Jahres wieder offen sein wird? "Ja", sagt er. Punkt.